

GEMEINSAM FÜR EINE WELT, IN DER WIR OHNE ANGST VERSCHIEDEN SEIN KÖNNEN!

Für das Ende der Gewalt

Frauen* und Queers sind weltweit besonders von Gewalt betroffen. In Argentinien wird alle 31 Stunden eine Frau umgebracht. Mit "Ni una menos" ist eine soziale Bewegung entstanden, die fordert: "Nicht eine weniger!" Jede dritte Frau in Europa hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Und in Sachsen gab es in den letzten 5 Jahren mindestens 1.600 queerfeindliche Angriffe.

Der Mord an Christopher W. durch drei Rechtsextreme ist nur die traurige Spitze eines homofeindlichen Eisberges, der unter der Oberfläche alltäglicher sexistischer Beleidigungen lauert. Eine aktuelle Studie zeigt deutlich, dass nur ein Bruchteil aller Übergriffe überhaupt von der Polizei erfasst wird. Selbst schwere Straftaten zeigen nur wenige Betroffene an, auch weil sie sich von den Behörden nicht ernst genommen fühlen.

Wir fordern ein Ende jeder Gewalt gegen Frauen und queere Menschen! Wir kämpfen gegen den sexistischen Normalzustand, gegen eine rassistische Vereinnahmung des Themas durch rechte Propaganda und für eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts und ihrer Sexualität in Sicherheit leben können.

Für Vielfalt und Selbstbestimmung

Der freien Entfaltung stehen auch strukturelle Probleme entgegen. Gerade im ländlichen Raum fehlen Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebote für Queers. Stattdessen werden sie oft noch aus Vereinen herausgedrängt, oder mit dem Segen des homophoben evangelischen Landesbischofs Rentzing aus Kirchengemeinden vertrieben. Der einzige Ausweg scheint häufig die Abwanderung in die Großstädte. Wir sagen: Es muss Alternativen geben und wir stehen zusammen ein für eine vielfältige Kultur, auch in der Provinz!

Nach der gerichtlich erstrittenen dritten Option für den Geschlechtseintrag war die Hoffnung geweckt, dass der jahrelange Kampf auf der rechtlichen Ebene endlich Früchte trägt. Leider zeigen die halbherzigen Reformversuche des Transsexuellengesetzes deutlich: Wir können uns nicht auf die Gnade der Bundesregierung verlassen, wenn sich wirklich etwas ändern soll. Wir müssen weiter Druck machen, denn wir werden es nicht weiter hinnehmen, dass trans* und inter* Menschen noch immer pathologisiert und mit Gewalt in das Zwei-Geschlechter-System gezwungen werden!

Homosexualität steht in mehr als 70 Ländern immer noch unter Strafe, was queere Menschen in die Illegalität zwingt, oder zur Flucht bewegt. Trotzdem wird ihre Verfolgung oft nicht als Asylgrund anerkannt, oder muss in entwürdigenden Prozessen von den Betroffenen bewiesen werden. Wir fordern gemeinsam ein, was allen Menschen zustehen sollte: Ein Leben, eine Welt, in der wir ohne Angst verschieden sein können!

Für soziale Sicherheit

Frauen sind in besonderem Ausmaß von Armut betroffen: In Deutschland sind 50% mehr Frauen als Männer* von Armut bedroht. In einer Gesellschaft, in der Einkommen und Vermögen immer ungleicher verteilt sind, sind sie die Hauptleidtragenden des neoliberalen Kapitalismus. Sie verdienen weniger, sind steuerlich benachteiligt und besonders von Armut betroffen, wenn sie alleinerziehend oder alt sind. Im europäischen Vergleich steht Deutschland schlecht da – sein Gender Pay Gap ist einer der höchsten unter den Industrieländern.

Noch prekärer sind die Verhältnisse für jene Frauen, die nach Deutschland kommen, um Care-Tätigkeiten zu verrichten. Sie werden im Niedriglohnsektor ausgebeutet, sind ungeschützt und bleiben politisch ungehört. Wir fordern ein Ende der Ausbeutung und der Verarmung benachteiligter Menschen – egal welcher Herkunft, egal welchen Geschlechts!

Für Reproduktive Rechte

Wo immer Feminist*innen reproduktive Rechte erkämpft haben, wollen fundamentalistische Anti-Choice-Netzwerke diese wieder aufheben. Sie verbreiten reaktionäre Familienideologien und stellen sich gegen moderne Sexualaufklärung, unter anderem auch im sächsischen Annaberg-Buchholz. Doch die Fundi-Märsche bleiben nicht unwidersprochen, seit 2014 gibt es breiten Gegenprotest und viele Aufklärungsveranstaltungen.

Wir kämpfen für das Recht, selbst über unseren Körper und unsere Sexualität zu entscheiden. Dazu zählt auch der kostenlose Zugang zu Verhütungsmitteln. Zudem fordern wir das Ende der staatlichen Bevormundung und die Abschaffung des § 218 StGB. Abtreibungen müssen legal, kostenlos und sicher sein - weltweit!

* Obwohl wir Geschlechterkategorien als soziale Konstruktion erkennen, ist die Zweigeschlechtlichkeit mitsamt ihren „natürlichen“ Zuschreibungen eine gesellschaftliche Norm, mit der wir immer wieder konfrontiert sind und die wir benennen müssen, um sie kritisieren zu können.

Für ein Ende des Hurenstigmas

Wir stellen uns gegen die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen. Ein Beispiel dafür ist das neue "Prostitutiertenschutzgesetz", das Sexarbeiter*innen vorgeblich schützen soll. In Wirklichkeit führt es zu staatlicher Überwachung und Repression der Betroffenen. Wir stellen dem unsere emanzipatorische Perspektive entgegen: Nicht Sexarbeiter*innen müssen bekämpft werden, sondern Armut, Rassismus und ungleich verteilte Bildungs- und Arbeitsangebote!

Dabei setzen wir auf den solidarischen Austausch mit feministischen, queeren und gewerkschaftlichen Bewegungen, damit Sexarbeiter*innen nicht alleine für ihre Forderungen einstehen müssen. Wir schlagen Brücken zwischen den Erfahrungen von Sexarbeiter*innen und Ehefrauen, Putz- und Pflegekräften – mit Solidarität gegen Stigmata, Ausbeutung und Repression!

Für emanzipatorische Politik – gerade in Sachsen!

Rechte, autoritäre Politik stützt sich neben Nationalismus und Rassismus auf eine reaktionäre Familienpolitik. Ihr Antifeminismus ist der verbindende Kitt zwischen rechten Parteien und Bewegungen. Die Europawahlen haben es gezeigt: für ein Viertel der Menschen in Sachsen sind solche Positionen anschlussfähig. Mit der Stimme für die AfD haben sie sich für eine Partei entschieden, die in ihrem Grundsatzprogramm gegen Regenbogenfamilien, Alleinerziehende und arbeitstätige Mütter hetzt, die das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche genauso verachtet wie das Asylrecht. Vielfältige Lebens- und Beziehungsformen sollen verdrängt, die Geburtenrate deutscher Akademikerinnen angekurbelt und die Erziehungsarbeit wieder zur reinen (weiblichen) Privatangelegenheit werden. Diese Agenda verkennt die real existierende Vielfalt. Wir fordern stattdessen eine emanzipatorische Politik – gerade in Sachsen!

Für internationale queere und feministische Solidarität

Weltweit sind Minderheiten, Frauen und die sozial abgehängte Klasse besonders von einem rechten Backlash bedroht. Ein erschreckendes Beispiel sind die Entwicklungen in Brasilien nach der Wahl des Rechtsextremisten Bolsonaro zum Präsidenten. Dessen autoritäres, neoliberales Programm bedeutet einen Angriff auf Minderheiten, sozial Schwache und politische Gegner*innen mit militärischen Mitteln. Dieser ist eine alltägliche existenzielle Gefahr für das Leben von Indigenen, Frauen und queeren Menschen.

Dagegen gibt es breiten Protest auf der Straße, meist angeführt von armen, vor allem schwarzen Frauen. Überall in Brasilien verbünden sich die Menschen. Auf die Repressionen gegen Bevölkerung und Umwelt antworten sie mit Basisorganisation und kollektiver Selbstverteidigung. Wir können viel von ihnen lernen und uns vorbereiten. Organisieren wir uns gegen autoritäre Politik und patriarchale Gewalt!

Für #unteilbaren Feminismus

Feminismus war schon immer von vielfältigen Positionen und Perspektiven geprägt. Kaum eine soziale Bewegung hat mit so viel Erfolg Konflikte miteinander ausgetragen, Widersprüche ausgehalten und dabei gesellschaftlichen Wandel erkämpft. Solidarität ist dabei unerlässlich, insbesondere wenn Rechte gezielt versuchen, uns gegeneinander auszuspielen. Denn eins ist klar: Wir wollen für alle Menschen ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung! Es gilt, emanzipatorische Kämpfe zusammen zu denken und gemeinsam zu führen – auch wenn die Wege vielfältig sein mögen. Dafür brauchen wir eine feministische Kritik bestehender Verhältnisse! Nieder mit dem Patriarchat und der heteronormativen, sexistischen Gesamtscheiße!

Für eine gemeinsame Bewegung

Bei #unteilbar gehen wir alle gemeinsam für eine offene und vielfältige Gesellschaft auf die Straße. Wir stehen ein für Solidarität statt Ausgrenzung. Doch dies kann nur der Anfang sein. Lasst uns die Strukturen bekämpfen, die uns begrenzen, bedrohen und unterdrücken! Organisieren wir uns, sei es für einen internationalen feministischen Streik, in der Pro-Choice-Bewegung oder im lokalen Projekt für queere Kulturangebote. Stärken wir den Widerstand gegen Chauvinismus, Queerfeindlichkeit und Antifeminismus –egal an welchem Ort!

ES GEHT UM VIELES: UM UNSERE RECHTE, UM UNSERE FREIHEITEN, UM UNSERE KÖRPER UND UNSERE LEBENSWEISEN.

**WIR WERDEN SIE UNS NICHT NEHMEN,
UNS NICHT FREMDBESTIMMEN LASSEN!**

**WIR KÄMPFEN WEITER: FÜR EINE BEFREITE, SOLIDARISCHE
GESELLSCHAFT UND EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!**

